

# Der Bundesvoranschlag 1970

Der Bundesvoranschlag 1970 wurde unter besonderen wirtschaftlichen (Hochkonjunktur) und politischen (Nationalratswahlen im März 1970) Bedingungen konzipiert. Der folgende Aufsatz beschreibt seine wichtigsten Merkmale an Hand einer ökonomischen Gliederung der Ausgaben und Einnahmen.

## Allgemeine Charakteristik

Der am 21. Oktober im Nationalrat eingebrachte Bundesvoranschlag 1970 sieht Gesamtausgaben von 101 22 Mrd. S vor, davon 97 65 Mrd. S in der ordentlichen und 3 57 Mrd. S in der außerordentlichen Gebarung. Die Gesamteinnahmen werden auf 92 25 Mrd. S geschätzt. Das Gesamtbudget weist damit einen formellen Abgang von 8 97 Mrd. S auf. Schaltet man die Schuldentilgungen (4 94 Mrd. S) und andere nicht inlandswirksame Transaktionen (z. B. Zinsen und Transferzahlungen an das Ausland) aus, dann verbleibt ein Netto-Defizit von 2 84 Mrd. S (2 8% der Budgetsumme oder 0 8% des Brutto-Nationalproduktes)

### Der Bundesvoranschlag 1970

	1969	1970	Veränderung	
		Mill. S		in %
Ordentliche Gebarung				
Ausgaben	90.508	97.653	+7.145	7 9
Einnahmen	85.463	92.208	+6.745	7 9
Abgang	5 045	5 445	+ 400	7 9
Außerordentliche Gebarung				
Ausgaben	2 973	3.570	+ 597	20 1
Einnahmen	40	40	—	—
Gesamtgebarungsabgang	7.978	8.975	+ 997	12 5
Gesamtausgabenrahmen	93 481	101.223	+7 742	8 3

Verglichen mit dem Voranschlag 1969 wurden die Gesamtausgaben um 7 74 Mrd. S oder 8 3% (inlandswirksame Ausgaben 9 2%) ausgeweitet. Die Einnahmen sind um 6 75 Mrd. S oder 7 9% (inlandswirksame Einnahmen 7 9%) höher. Die Steigerungsraten entsprechen der des nominellen Nationalproduktes (voraussichtlich 8%). Absolut steigt der Brutto-Abgang um 1 Mrd. S und das Netto-Defizit um 1 1 Mrd. S. Die tatsächliche Entwicklung kann von der veranschlagten abweichen, doch gelang es in den letzten Jahren, die Voranschläge annähernd einzuhalten, sofern nicht aus konjunkturpolitischen Erwägungen größere Abgänge in Kauf genommen wurden. (1969 wird der Voranschlag wahrscheinlich um die erst später bewilligten 0 4 Mrd. S Wehr-Anleihe überschritten werden. Der Voranschlag 1970 enthält noch nicht die unmittelbaren und mittelbaren Mehrbelastungen aus der DM-Aufwertung.)

## Entwicklung der Budgetsalden

	Budgetdefizit		Netto-Defizit in Prozent von	
	brutto	netto <sup>1)</sup>	Budgetsumme	Brutto-Nationalprodukt
	Mrd. S			
1958	5 5	4 6	11 5	3 4
1964	4 6	1 7	2 7	0 8
1965	3 9	0 5	0 7	0 2
1966	3 7	0 9	1 2	0 3
1967	7 8	4 2	5 2	1 5
1968	8 5	4 3	5 0	1 4
1969 <sup>2)</sup>	8 0	1 7	1 9	0 5
1970 <sup>2)</sup>	9 0	2 8	2 8	0 8

<sup>1)</sup> Inlandswirksames Netto-Defizit (ohne Schuldentilgung) — <sup>2)</sup> Laut Bundesvoranschlag

Es ist üblich, die Auswirkungen des Budgets auf die Konjunktur mit den Bezeichnungen restriktiv, neutral und expansiv zu klassifizieren. Solche Unterscheidungen sind nützlich, solange man im Auge behält, daß sie von vereinfachenden Modellvorstellungen ausgehen und nur bestimmte Aspekte der gesamtwirtschaftlichen Wirkungskette erfassen. Wählt man nicht die absolute Höhe, sondern die Veränderung des Budgetsaldos als Kriterium (die herkömmliche Konjunkturerklärung betont die unmittelbaren Einkommens- und Nachfrageeffekte stärker als Liquiditätseffekte), dann wirkt das Budget 1970 geringfügig expansiv<sup>1)</sup>. Die veranschlagte Ausweitung des Netto-Defizites um 1 Mrd. S liegt jedoch im Bereich der üblichen Schätzfehler. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Ausgaben für Güter und Leistungen schwächer steigen als Transfer- und Finanzausgaben (die vermutlich nicht voll nachfragewirksam werden) und die relative Belastung der Privateinkommen mit Steuern und Abgaben unverändert bleibt.

Die zumindest für die erste Hälfte 1970 prognostizierte Konjunkturanspannung wirft die Frage auf, ob

<sup>1)</sup> Diese Abgrenzung deckt sich unter den für 1970 prognostizierten Wachstumsbedingungen annähernd mit der des deutschen Sachverständigenrates. Er definiert in seinem Jahresgutachten 1968/69 ein Budget dann als konjunkturneutral, „wenn der Staat seine realen Ausgaben in dem Maße erhöht, in dem das Produktionspotential wächst und seine Einnahmen so gestaltet, daß die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den privaten Sektor weder zusätzlich zurückgedrängt noch gefördert wird“

nicht aus *konjunkturpolitischen Erwägungen* ein restriktives Budget (Verringung des Netto-Defizites) zweckmäßig gewesen wäre. Diese Frage läßt sich nicht isoliert beantworten, sondern muß zusammen mit der übrigen Wirtschaftspolitik (z. B. Wechselkurspolitik, Kreditpolitik, Außenhandelspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitszeitpolitik) gesehen werden. Nach den gegenwärtig überschaubaren Entwicklungstendenzen läßt die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Weichen der Konjunktur etwas zu viel Fahrt, wobei sehr verschiedene Maßnahmenkombinationen (und nicht nur budgetpolitische Entscheidungen) stabilisierend wirken könnten. Diese Aussage gilt mit einer Einschränkung. Es wäre möglich, daß manche Auftriebskräfte erst ziemlich spät wirksam werden und dann einer Konjunkturdämpfung (die von vielen bereits in der zweiten Hälfte 1970 erwartet wird) vorbeugen.

Neben den kurzfristigen konjunkturpolitischen Aspekten verdienen *längerfristige Überlegungen* Beachtung. Die vorjährigen Maßnahmen zur Budgetsanierung (Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer von 10% und zur Vermögensteuer von 50%, Aufschub der Reservenbildung in der Sozialversicherung und im Familienlasten-Ausgleichsfonds) entlasten das Budget um etwa 5 Mrd. S jährlich. Diese Maßnahmen sind jedoch bis Ende 1970 befristet. Die Erstellung des Budgets 1971 ist daher eine schwierige Aufgabe der neuen Bundesregierung nach den Nationalratswahlen im Frühjahr 1970. Sie wird nicht zuletzt unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten zu lösen sein. Die Ausgabenstruktur läßt in den letzten Jahren Ansätze einer Wachstumsorientierung erkennen. Die Zahl der Dienstposten wurde (mit Ausnahme der Lehrer) reduziert, im Kapitel Landwirtschaft wird mehr für Strukturpolitik und weniger für Preispolitik ausgegeben, der Anteil der Investitionen hat eine leicht steigende Tendenz. Viele wichtige Fragen, die zumeist auf die Abstimmung von Wachstums- und Verteilungspolitik hinauslaufen, sind jedoch noch offen. Die *längerfristige Budgetvorschau*, an der der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen mit Zustimmung und Unterstützung des Finanzministeriums arbeitet, könnte nicht nur wichtige quantitative Beziehungen klären, sondern auch Standpunkte und Alternativen präzisieren und damit die politischen Entscheidungen vorbereiten.

**Bundesausgaben**

Die *Bundesausgaben* lassen sich nach verschiedenen Gesichtspunkten gliedern: nach Verwaltungs- und Betriebszweigen (institutionelle Gliederung), nach ihrer Wirkung im Wirtschaftskreislauf (ökonomische Gliederung) und nach Aufgabenbereichen (funktio-

nelle Gliederung). Die folgende Darstellung stützt sich, abweichend von den bisherigen Budgetbesprechungen in den Monatsberichten, hauptsächlich auf die ökonomische Gliederung. Die Zahlen sind vorläufig (das Finanzministerium hat den Voranschlag noch nicht nach ökonomischen Kriterien aufgearbeitet), doch dürften sie von den endgültigen nur wenig abweichen

**Bundesausgaben in ökonomischer Gliederung**

	1968 <sup>1)</sup>	1969	1970	Veränderung 1970 gegen 1969 in %
	Mill S			
Käufe von Gütern und Leistungen	43 695	48 647	51 933	+6,8
Transferzahlungen	37 614	38 887	42 756	+9,9
Finanztransaktionen	4.865	5.947	6.534	+9,9
	86 174	93 481	101 223	+8,3

<sup>1)</sup> 1968 Bundesrechnungsabschluß, 1969 und 1970 Bundesvoranschlag

Von den drei großen Gruppen der ökonomischen Gliederung werden die Käufe des Bundes von Gütern und Leistungen (+7%) schwächer steigen als seine Transferzahlungen (+10%) und seine Finanztransaktionen (+10%). Die Unterschiede in den Steigerungsraten mildern etwas den expansiven Effekt der Budgetausgaben, denn die Transferzahlungen des Bundes werden von den empfangenden Haushalten erfahrungsgemäß nicht voll für Käufe von Gütern und Leistungen ausgegeben (auch Pensionistenhaushalte haben eine Sparquote), und manche Finanztransaktionen (etwa die Tilgung der Staatsschuld) werden nicht oder nur sehr mittelbar nachfragewirksam<sup>1)</sup>

Von den Ausgaben des Bundes für *Güter und Leistungen* entfällt etwa die Hälfte auf den *Personal-aufwand* für aktive Bedienstete. Er wird 1970 nur unterdurchschnittlich (um 6% auf 26,74 Mrd. S) steigen. Die veranschlagte Steigerungsrate entspricht den auf das Kalenderjahr umgelegten generellen Gehaltserhöhungen vom 1. September 1969 (2% plus 3% Teuerungszulage) und vom 1. August 1970 (2,2% plus 3% Teuerungszulage), läßt also kaum Spielraum für einen „Lohndrift“ (z. B. für Mehrleistungen oder Umschichtungen in den Gehaltsgruppen). Die knappe Kalkulation setzt Personaleinsparungen voraus. Die Soll-Dienstpostenstände wurden für 1970 weiter reduziert und sinken damit auf den Stand von 1965. Einer Ausweitung des Personalstandes um 3% in der Hoheitsverwaltung in den letzten fünf Jahren

<sup>1)</sup> Der Einfluß der öffentlichen Finanztransaktionen auf die Nachfrageströme ist oft nur schwer zu bestimmen. In manchen Fällen mag die Bundesfinanzierung nur eine von verschiedenen möglichen Finanzierungsquellen sein, in anderen Fällen schafft sie erst die Voraussetzung dafür, daß sich der Investor auf dem Markt zusätzliche Finanzierungsmittel beschaffen kann.

**Käufe von Gütern und Leistungen**

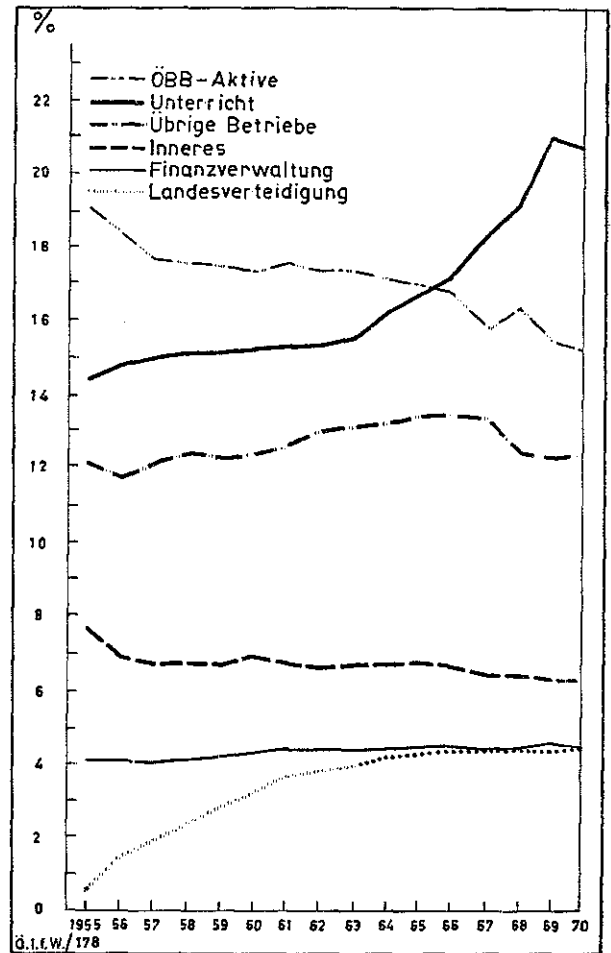
	1968	1969	1970	Veränderung 1970 gegen 1969 in %
	Mill. S			
<b>Haftungsverwaltung</b>				
Personalaufwand (Aktive)	13.185	15.552	16.419	5,6
Laufender Sachaufwand	5.545	6.379	7.122	11,6
Brutto-Investitionen	4.662	4.899	5.190	5,9
Liegenschaftserwerb	603	530	577	8,9
<b>Zinsen für die Staatsschuld</b>				
Inland	1.470	1.644	1.954	18,9
Ausland	559	1.037	1.002	-3,3
Summe	26.024	30.041	32.264	7,4
<b>Bundesbetriebe</b>				
Personalaufwand (Aktive)	8.936	9.688	10.322	6,5
Laufender Sachaufwand	5.374	5.463	5.530	1,2
Brutto-Investitionen	3.304	3.416	3.766	10,2
Liegenschaftserwerb	57	38	51	34,2
Summe	17.671	18.605	19.669	5,7
<b>Gesamtsumme</b>	43.695	48.646	51.933	6,8

(ausschließlich wegen des steigenden Lehrerberarfes) stehen gleich hohe Personaleinsparungen in den Betrieben gegenüber<sup>1)</sup>. Der Voranschlag berücksichtigt allerdings noch nicht die für 1. Jänner 1970 vorgesehene Kürzung der Normalarbeitszeit, die vor allem den Personalbedarf der Bundesbetriebe steigern dürfte, sofern der Arbeitseinsatz nicht durch innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen gesenkt werden kann

Unter den sonstigen Ausgaben des Bundes für Güter und Leistungen hat insbesondere die Unterscheidung zwischen laufendem Sachaufwand und Brutto-Investitionen einige Bedeutung, obschon es gerade in der Verwaltung oft problematisch ist, den öffentlichen Konsum als „unproduktiv“ und die Investitionen als „wachstumsfördernd“ zu bezeichnen. Für *Brutto-Investitionen* der Verwaltung und Betriebe (ohne Erwerb von Liegenschaften) sind 8,96 Mrd. S vorgesehen, 8% mehr als 1969. Investitionsschwerpunkte sind der Schulbau (1,04 Mrd. S oder +34%) und die Fernsprechinvestitionen (1,67 Mrd. S oder +24%), die aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden. Der Straßenbau (3,38 Mrd. S oder +1%) und die Investitionen der Bundesbahnen (1,71 Mrd. S oder +2%) werden nur wenig stärker dotiert als 1969. Die im Budget unter Brutto-Investitionen ausgewiesenen Beträge spiegeln den Beitrag des Bundes zur Investitionstätigkeit der Gesamtwirtschaft nur teilweise wieder. Zu den investitionsähnlichen Ausgaben werden üblicherweise auch Instandhaltung und Investitionsförderung gerechnet, die in

<sup>1)</sup> Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Personal-Soll-Stände und nicht auf die Ist-Stände, die wegen der Knappheit an Arbeitskräften meist darunter liegen (ihre genaue Zahl ist nicht bekannt). Die Kürzung von Planstellen, die bisher nicht besetzt werden konnten, schränkt jedoch den administrativen Spielraum für Personalausweitungen der Ressorts und Betriebe ein.

**Bundespersonalaufwand, Anteile einzelner Ressorts am Gesamtpersonalaufwand**



der ökonomischen Gliederung im laufenden Sachaufwand und den Transferzahlungen und Finanztransaktionen aufscheinen. Der Instandhaltungsaufwand wurde mit 1,59 Mrd. S (+35%) eher knapp gehalten (er ist um fast 0,3 Mrd. S niedriger als im Rezessionsjahr 1967), wogegen für Investitionsförderung 2,42 Mrd. S vorgesehen sind, um 16% mehr als 1969 (hauptsächlich infolge steigender Überweisungen an die Brenner-Autobahn A.G.). Ferner ist zu berücksichtigen, daß der Bund außerhalb des Budgets Hochschulbauten finanziert (im Leasing-Verfahren) und die den Ländern zufließenden Mittel der Wohnbauförderung mit 3,6 Mrd. S um fast 17% höher sein werden als 1969. Im allgemeinen besteht der Eindruck, daß der arbeitsintensive Hochbau vom Budget her stärkere Impulse erhalten wird als der kapitalintensive Straßenbau.

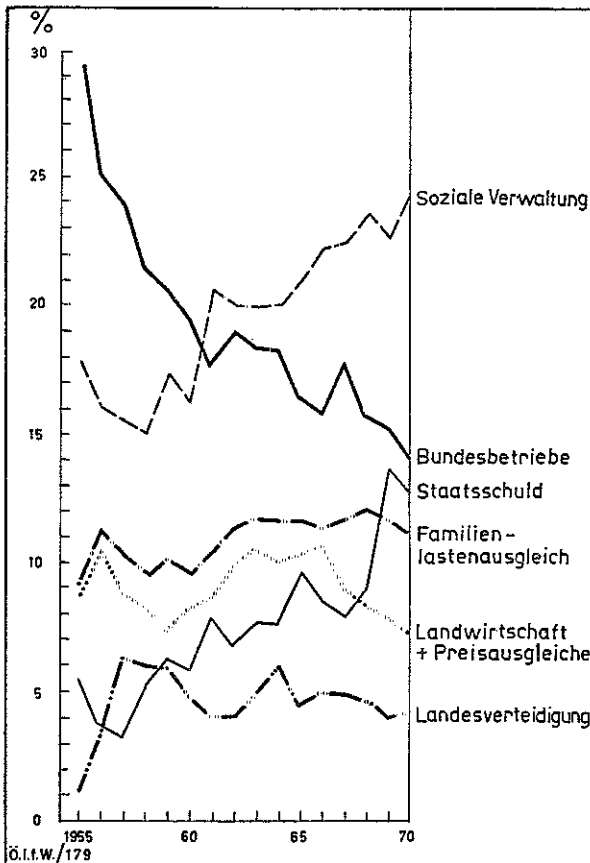
Der laufende Sachaufwand ist eine sehr heterogene Größe (sie wurde als Restpost ermittelt). Er steigt in der Verwaltung um 12% auf 7,12 Mrd. S und in den Betrieben um 1% auf 2,53 Mrd. S. Der Betriebs-

**Investitionsaufwand**

	1968	1969	1970
	Mill. S		
<b>Hoheitsverwaltung</b>			
Brutto-Investitionen	4.662	4.899	5.190
Instandhaltung	974	831	895
Investitionsförderung	1.994	2.045	2.379
<b>Summe</b>	<b>7.630</b>	<b>7.775</b>	<b>8.464</b>
<b>Bundesbetriebe</b>			
Brutto-Investitionen	3.304	3.416	3.766
Instandhaltung	744	706	695
Investitionsförderung	2	40	39
<b>Summe</b>	<b>4.050</b>	<b>4.162</b>	<b>4.500</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>11.680</b>	<b>11.937</b>	<b>12.964</b>

aufwand berücksichtigt nur eine mäßige Leistungssteigerung der Monopole und Betriebe. Sollten die Einnahmen höher sein, wird auch der Sachaufwand steigen.

**Bundessachaufwand, Anteile wichtiger Kapitel am Gesamtsachaufwand**



Aus dem laufenden Sachaufwand der Verwaltung sind insbesondere die Ausgaben für *Landesverteidigung* hervorzuheben. Sie steigen (ohne Personalaufwand) um 15% auf 272 Mrd. S, doch ist zu berücksichtigen, daß die Mitte 1969 begebene erste Tranche der „Wehr-Milliarde“ noch nicht im Voranschlag 1969 enthalten war. Die tatsächlichen Ausgaben

werden annähernd gleichbleiben. Seit 1964 geht der Anteil der Landesverteidigung am laufenden Sachaufwand der Verwaltung ständig zurück, obschon 1968 im Eventualbudget und 1969 durch die Wehr-Anleihe zusätzliche Mittel bereitgestellt wurden. Vor allem die Anschaffung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen mußte relativ eingeschränkt werden (sie stieg in den letzten sieben Jahren nur um 6%, der Bauaufwand dagegen um 32%).

**Transferzahlungen**

	1968	1969	1970	Veränderung 1970 gegen 1969 in %
	Mill. S			
<b>Laufende Transfers</b>				
An Private Haushalte	21.152	22.345	23.994	7,4
Öffentliche Haushalte	3.007	2.822	2.704	-4,2
Sozialversicherungsträger	9.172	9.042	11.005	21,7
Unternehmen	1.457	1.708	1.690	-1,1
das Ausland	142	144	154	6,9
<b>Summe</b>	<b>34.930</b>	<b>36.061</b>	<b>39.547</b>	<b>9,7</b>
<b>Kapitaltransfers</b>				
An Private Haushalte	242	189	223	18,0
Öffentliche Haushalte	1.038	898	961	7,0
Unternehmen	515	789	975	23,6
<b>Summe</b>	<b>1.795</b>	<b>1.876</b>	<b>2.159</b>	<b>15,1</b>
Durchlaufende Transfers <sup>1)</sup>	890	950	1.050	10,5
<b>Gesamtsumme</b>	<b>37.615</b>	<b>38.887</b>	<b>42.756</b>	<b>9,9</b>

<sup>1)</sup> Im besonderen: Bundesgebarung des Katastrophenfonds, Kostenersätze des Münzregals, 1968 und 1969 Zinsendienst der Bundesbetriebe, ab 1970 Abgeltung der Subventionstarife an die ÖBB.

Auf die zweite Gruppe der ökonomisch gegliederten Ausgaben, die Transferzahlungen, entfallen 41% der Bundesausgaben. Sie fließen zu mehr als der Hälfte direkt privaten Haushalten zu. Der Prozentsatz steigt auf mehr als 80%, wenn man die Bundesbeiträge an die Sozialversicherungsträger hinzuzählt. Unter den Transferzahlungen des Bundes, die unmittelbar privaten Haushalten zugute kommen, haben die *Pensionen* der Hoheitsverwaltung und der Betriebe das größte Gewicht. Sie steigen um 11% auf 10,2 Mrd. S, weil die Zahl der Pensionisten um mehr als 1% zunimmt, die Einzelpensionen um 5,4% erhöht (Anpassungsfaktor der Pensionsdynamik) und ab 1. Juli 1970 die Witwenpensionen um 10% aufgestockt werden. Die gleichen gesetzlichen Regelungen gelten für die *Kriegsopfer*, doch steigt hier der Aufwand nur um 5% auf 2,34 Mrd. S, weil die Zahl der Leistungsempfänger ständig abnimmt. Für *Familienbeihilfen* sind 7,14 Mrd. S vorgesehen, 4% mehr als 1969. Die Tendenz zu kinderreichen Familien und längerer Ausbildung der Jugendlichen steigert den Gesamtaufwand, obwohl die Beihilfensätze unverändert bleiben. Der Überschuß des Familienlastenausgleichsfonds (er wird aus zweckgebundenen Einnahme gespeist) von 0,86 Mrd. S fällt ebenso wie 1969 dem Bund zu. Er wird erst 1971 dem Fonds

verbleiben. Für die Zwecke der *Arbeitsmarktpolitik* (1'83 Mrd. S) sind um 11% mehr vorgesehen. Die Sätze der Arbeitslosenunterstützung werden erhöht und die Mobilität der Arbeitskräfte wird stärker als bisher gefördert.

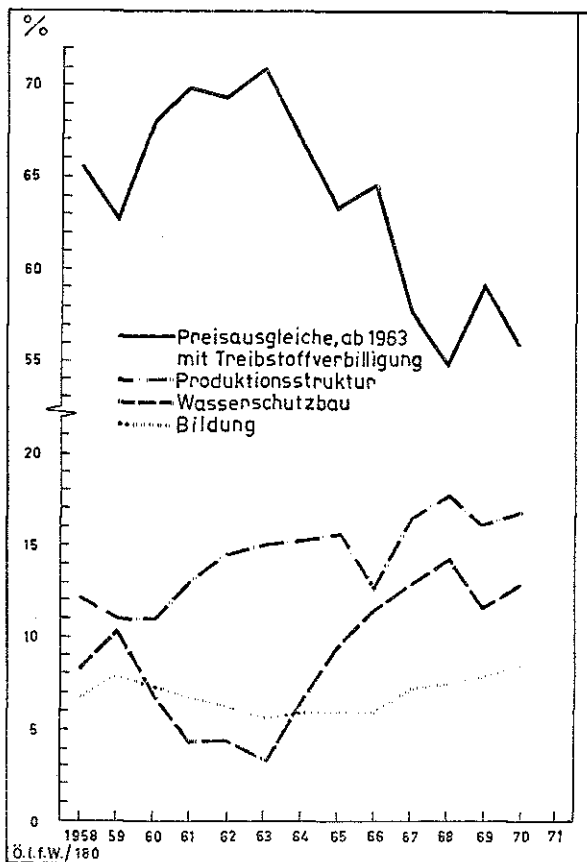
Die Bundesbeiträge zur *Sozialversicherung* steigen sprunghaft (um 22% auf 11 Mrd. S). Der Mehraufwand resultiert hauptsächlich aus den wachsenden Defiziten der Pensionsversicherungsträger, die vom Bund gedeckt werden müssen. Die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten rechnen nur mit einem Einnahmewachstum von 6% (1969 von 9%), werden jedoch voraussichtlich um 11% mehr ausgeben müssen. Außer der Pensionsdynamik und der Erhöhung der Witwenpensionen belastet vor allem die steigende Zahl von Pensionisten (für 1970 wird mit einer Zunahme von 3% gerechnet) die Gebarung der Sozialversicherungsträger. Tatsächlich dürften allerdings die Bundesbeiträge zur Sozialversicherung nicht so stark steigen, wie der Vergleich der Vorschläge vermuten ließe, da die relativ niedrigen Ansätze für 1969 nicht ausreichen.

Eine besondere Rolle unter den Transferzahlungen spielen die *landwirtschaftlichen Preisstützungen*. Für

sie sind 1970 2 65 Mrd. S vorgesehen, gegen 2 80 Mrd. S im Jahr 1969. Die Entspannung des Milchmarktes ermöglicht eine Kürzung des Bundeszuschusses um 2%, der Rückgang der Futtermittelimporte verringert die aus Importabgaben verfügbaren Subventionsmittel. Im Gegensatz zu den Preisstützungen, die seit 1963 annähernd stabil gehalten werden konnten, steigen die Aufwendungen für die landwirtschaftliche Strukturpolitik (sie sind in der ökonomischen Gliederung hauptsächlich in den Kapitaltransfers und zum Teil in den Bundesinvestitionen enthalten). Für strukturpolitische Maßnahmen (hauptsächlich im Grünen Plan) sind 0 86 Mrd. S (+5%) und für den Wasserschutzbau (der größtenteils aus dem Katastrophenfonds finanziert wird) 0 66 Mrd. S (+12%) vorgesehen.

Die *Finanztransaktionen* des Bundes beanspruchen 65% der Ausgabensumme. Eine konkrete Untersuchung, wie sie den Einkommenskreislauf beeinflussen, erscheint um so dringlicher, als sich ähnliche Effekte durch andere budgetmittelsparende Maßnahmen (z. B. Zinszuschüsse oder Übernahme von Haftungen) erzielen lassen

**Struktur der Kapitel Landwirtschaft und Preisausgleiche**



**Finanztransaktionen**

	1968	1969	1970	Veränderung 1970 gegen 1969 in %
Mill. S				
Schuldentilgung				
Inland	2 293	3 126	3 830	22 5
Ausland	615	1 857	1 109	-40 3
Erwerb von Beteiligungen				
Inland	744	267	725	150 1
Ausland	170	90	168	
Erwerb von Wertpapieren	98	115	117	1 7
Darlehensgewährung				
Inland	475	475	570	19 1
Ausland	21	17	16	
Zuführung an Rücklagen	449			
Summe Inland	4 059	3 983	5 242	31 2
Summe Ausland	806	1 964	1 293	-34 1
Gesamtsumme	4 865	5 947	6 534	9 9

Unter den Finanztransaktionen beanspruchen die Tilgungen der *Staatsschuld* den größten Betrag. 1970 sind 4 94 Mrd. S Schuldentrückzahlungen vorgesehen, davon entfallen 3 83 Mrd. S auf Inlandschulden und 1 11 Mrd. S auf (hauptsächlich auf Dollar und Schweizer Franken lautende) Auslandsverpflichtungen. Die Tilgungen halten sich auf der Höhe des Vorjahres, obwohl die Staatsschuld im Laufe von 1969 um etwa 3 6 Mrd. S gestiegen ist. Die Tilgungsquote (Anteil der Tilgungen am Schuldenstand zu Jahresbeginn), die in den letzten Jahren eine stark steigende Tendenz hatte, ging vorübergehend zurück. DM-Schulden werden 1970 nicht zurückgezahlt

Die Staatsschuldenpolitik nahm zwar im Laufe von 1969 niedrigverzinsliche DM-Kredite auf, die trotz dem Kursrisiko noch billiger waren als die besonders teuren Eurodollar-Kredite. (Der Stand der DM-Schulden erhöhte sich von 0,33 Mrd. DM auf 1,04 Mrd. DM.) Da jedoch die DM-Schulden groÙteils langfristig sind und erst vor kurzem aufgenommen wurden, wird sich die DM-Aufwertung erst in einigen Jahren auf die Tilgungen auswirken. 1970 beschränkt sich die Mehrbelastung auf 31 Mill. S (hauptsächlich Zinsen). Die Verzinsung der Staatsschuld (in der ökonomischen Gliederung unter Ausgaben für Güter und Leistungen verbucht) wird 2,96 Mrd. S beanspruchen, 10% mehr als 1969. Da 1969 hauptsächlich Inlandsschulden aufgenommen und die Auslandsschuld zu niedrigverzinslichen Titeln umgeschichtet wurde, werden die Zinsenzahlungen in inländischer Währung (1,95 Mrd. S) um 19% höher, jene in ausländischer Währung (1 Mrd. S) dagegen um 3% niedriger sein als 1969.

Im Gegensatz zu den Schuldentilgungen werden die übrigen finanziellen Transaktionen zum Teil beträchtlich ausgeweitet. Der Bund wird 0,59 Mrd. S Darlehen (+19%) gewähren und um 0,89 Mrd. S (+150%) Beteiligungen erwerben. Unter anderen sind Beteiligungen an der Elektrizitätswirtschaft (0,29 Mrd. S), an Verstaatlichten Unternehmungen (0,29 Mrd. S, davon zur Hälfte aus Mitteln des Investitionsfonds), an Verkehrsunternehmungen (0,13 Mrd. S) und an internationalen Finanzinstitutionen (0,17 Mrd. S) vorgesehen. Die Kapitalbeteiligungen werden nach den drastischen Einschränkungen im Jahr 1969 wieder den Stand von 1968 erreichen.

**Bundeseinnahmen**

Von den Einnahmen des Bundes entfallen 53,56 Mrd. S oder 58% auf öffentliche Abgaben, 20,12 Mrd. S (22%) auf erwerbswirtschaftliche Einnahmen der Monopole und Betriebe (ohne Abgeltung der Subventionstarife der Bundesbahnen) und 18,56 Mrd. S (20%) auf sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung und Durchlaufposten (Überweisungen zwischen verschiedenen Ressorts oder Betrieben des Bundes).

Die öffentlichen Abgaben sollen brutto 82,70 Mrd. S bringen, um 11% oder 8,21 Mrd. S mehr als 1969. Die Erträge der direkten Steuern werden auf 35,55 Mrd. S (+15%), jene der indirekten Steuern auf 47,15 Mrd. S (+8%) geschätzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Steuererträge 1969 voraussichtlich etwas über den Erwartungen liegen werden. Die Ergebnisse der ersten drei Quartale hatten darauf schließen lassen, daß die Erträge an öffentlichen Abgaben die veranschlagten Sätze nicht erreichen würden. Der kräftige Exportboom (hohe Umsatzsteuer-

**Struktur der Bundeseinnahmen**

	Bundesvoranschlag		Veränderung	
	1969	1970	in %	
	Mill. S			
Direkte Steuern insgesamt	30.812	35.551	+4.739	15,4
davon Einkommensteuer	7.100	7.400	+ 300	4,2
Lohnsteuer	8.200	10.100	+1.900	23,2
Körperschaftsteuer	2.200	2.550	+ 350	15,9
Vermögenssteuern	1.380	1.380	—	—
Gewerbesteuer	4.840	5.600	+ 760	15,7
Beiträge vom Einkommen	6.159	7.321	+1.162	18,9
Sonstige	933	1.200	+ 267	28,6
Indirekte Steuern insgesamt	43.675	47.148	+3.473	8,0
davon Umsatzsteuer samt Zuschlag	18.675	20.700	+2.025	10,8
Zölle	4.950	5.000	+ 50	1,0
Verbrauchssteuern einschl. Sonderabgaben	11.242	12.422	+1.180	10,5
Gebühren und Verkehrssteuern	8.435	8.678	+ 243	2,9
Sonstige	373	348	+ 25	6,7
Öffentliche Abgaben insgesamt	74.487	82.699	+8.212	11,0
Minus Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	25.579	29.136	+3.557	13,9
Bundesabgaben netto	48.908	53.563	+4.655	9,5
Steuerähnliche Einnahmen	10.903	11.700	+ 797	7,3
Vermögenserträge einschl. Veräußerungserlöse, Darlehensrückflüsse, Zinsen	1.922	2.103	+ 181	9,4
Rücklagen	629	642	+ 13	2,1
Transfers von öffentl. Haushalten	935	870	- 65	-7,0
Sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung	1.970	2.198	+ 228	11,9
Hoheitsverwaltung insgesamt	65.267	71.076	+5.809	8,9
Durchlaufposten	950	1.050	+ 100	10,5
Einnahmen der Monopole und Betriebe	19.286	20.122	+ 836	4,3
davon Monopole	1.439	1.451	+ 12	0,8
Post	7.455	7.864	+ 409	5,5
Bundesbahnen	8.457	8.821	+ 364	4,3
Sonstige	1.935	1.986	+ 51	2,6
Gesamteinnahmen	85.503	92.248	+6.745	7,9

**Entwicklung der Bundeseinnahmen**

rückvergütung), die zögernde Belebung der heimischen Nachfrage nach Bauleistungen und Konsumgütern sowie der Rückgang der Pkw-Käufe beeinträchtigen vor allem das Aufkommen an Umsatzsteuer und Zöllen. Im letzten Quartal jedoch ist mit einer schlagartigen Besserung des Aufkommens zu rechnen: die allgemeine Belebung der Nachfrage erhöht die Binnenumsätze und Importe, die Steigerung der Masseneinkommen sowie die gute Gewinnlage werden sich in stark wachsenden Erträgen der direkten Steuern spiegeln. Verglichen mit dem voraussichtlichen Erfolg 1969 müßten 1970 um fast 11% mehr Steuern eingehen, damit der Schätzwert des Voranschlages erreicht wird. Diese Zuwachsrate dürfte eine realistische Größe sein, auch wenn man die (im Voranschlag noch nicht einkalkulierte) Senkung von Zöllen und Ausgleichsteuern im Gefolge der DM-Aufwertung (voraussichtlicher Steuerausfall 400 Mill. S) berücksichtigt.

Ebenso wie 1969 soll auch 1970 das Aufkommen an direkten Steuern (+15,4% verglichen mit dem Voranschlag und 13,8% verglichen mit dem voraussichtlichen Erfolg 1969) stärker steigen als das an indirekten Steuern (+8,0% und 8,7%). Nach der Entwicklung im Laufe des Jahres 1969 scheinen vor allem die Erträge der veranlagten Einkommensteuer und der Gewerbesteuer eher optimistisch geschätzt zu sein, wogegen das veranschlagte Aufkommen an Lohnsteuer geringer ist, als auf Grund seiner Elastizität in bezug auf die Lohn- und Gehaltssumme zu erwarten wäre. Von den indirekten Steuern werden Umsatzsteuer und Zölle nicht zuletzt infolge der Steuersenkungen nach der DM-Aufwertung kaum die veranschlagten Erträge bringen.

**Entwicklung der Abgabenerträge**

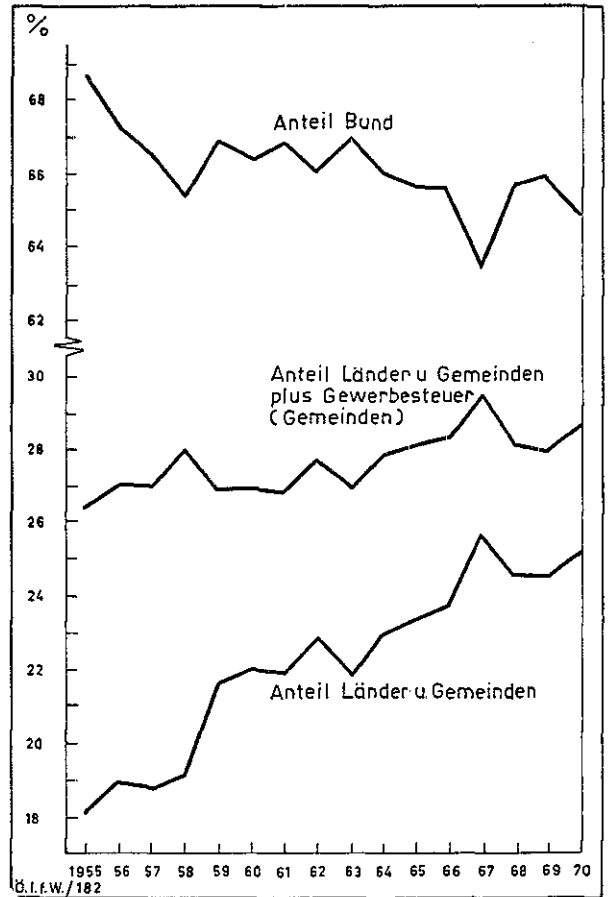
	1966	1967	1968	1969			1970
				Zunahme gegen das Vorjahr in %			
				a)	b)	c)	
Direkte Steuern	11,5	5,9	-0,2	15,0	13,7	15,4	15,4
Indirekte Steuern	11,0	4,0	13,7	9,5	10,1	8,0	8,0
Abgaben, brutto	11,2	4,8	7,8	11,7	11,5	11,0	11,0
Abgaben, netto	11,1	1,3	11,6	12,1	11,5	9,5	9,5

- a) Voraussichtlicher Erfolg 1969.
- b) Zunahme laut Bundesvoranschlag (1969 gegen Erfolg 1968).
- c) Bundesvoranschlag 1970 gegen Bundesvoranschlag 1969

Nach Abzug der Überweisungen an Gebietskörperschaften und Fonds sollen dem Bund *Netto-Erträge* an öffentlichen Abgaben von 53,56 Mrd. S verbleiben, 9% mehr als 1969. Der Anteil des Bundes am gesamten Steueraufkommen wird damit weiter zurückgehen. Das entspricht den Zielen des Finanzausgleichsgesetzes 1967, das eine stärkere Beteiligung der Länder und Gemeinden am Gesamteueraufkommen anstrebt. (Die seit längerem rückläufige Tendenz wurde in den letzten beiden Jahren nur vor-

übergehend unterbrochen: 1968 wegen der Ertragschwäche der gemeinschaftlichen Bundesabgaben und 1969 als Folge der Budgetsanierungsmaßnahmen.)

**Anteile am Gesamteueraufkommen**



Die übrigen Einnahmen der Hohenverwaltung (+7%) setzen sich aus sehr verschiedenartigen Positionen zusammen und lassen sich daher nur schwer interpretieren. Die steuerähnlichen Einnahmen (vor allem Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge und Beiträge zum Katastrophenfonds) sollen 11,7 Mrd. S bringen, um 7% mehr als 1969. Von den Vermögenserträgen und Veräußerungserlösen (im Gegensatz zu den Ausgaben wurde auf eine konsequente Trennung zwischen Verkäufen von Gütern und Leistungen, Faktoreinkommen und Finanztransaktionen verzichtet) von 2,25 Mrd. S fallen vor allem höhere Gewinnabfuhr der Nationalbank (0,50 Mrd. S gegen 0,31 Mrd. S) und höhere Erlöse aus der Veräußerung von Sondervermögen ins Gewicht.

Die Einnahme der *Monopole und Betriebe* werden auf 20,54 Mrd. S geschätzt, um 1,20 Mrd. S oder 6%

mehr als 1969 Der Mehrerlös verringert sich auf 4%, wenn die Abgeltung der Subventionstarife an die Bundesbahnen (0,35 Mrd. S) ausgeklammert wird, die im Bundeshaushalt eine Durchlaufpost ist. Die Ansätze sind sehr vorsichtig, doch dürften Mehreinnahmen den Bundeshaushalt nur wenig entlasten, da gleichzeitig die Betriebsausgaben steigen. Vergleicht man die Gebarungsabgänge der Betriebe und Monopole in den letzten drei Jahren (1968 Abschluß, 1969 und 1970 Voranschläge), so ist vor allem 1969 ein merklicher Rückgang zu erkennen. Dieses Er-

gebnis täuscht jedoch, da der Bund die Gebarung vor allem der Bundesbahnen merklich entlastete. 1969 übernahm er 1,7 Mrd. S Bundesbahnpensionen in die Verwaltung, 1970 verzichtet er auf Beiträge der Betriebe zum Zinsendienst der Staatsschuld (0,38 Mrd. S) und gewährt der Bundesbahn 0,35 Mrd. S Zuschüsse zwecks Abgeltung der Subventionstarife. Die tatsächliche Belastung des Bundes aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit hat sich weiter vergrößert.

*Max Arbesser*